



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

477 (12.10.1918) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-181844](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-181844)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlag: Amaliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

Redaktionsbüro: Die Stadt, Kolonnen 49 Dfg. — Druckerei: Die Stadt, Kolonnen 49 Dfg. — Druckerei: Die Stadt, Kolonnen 49 Dfg.

Vor der deutschen Antwort.

Anrecht und männlich!

So betet, daß die alte Kraft erwache.

Die deutsche Antwort, die das neue Kabinett schon vorbereitet, noch bevor der amtliche Text in Berlin eingetroffen war, wird den Wilsonschen Forderungen sehr weit entgegenkommen. Sie wird also dem Anscheine nach sich dem Wilsonschen Programm nicht einfach und glatt unterwerfen, aber sie wird bis an die Grenze dieser Unterwerfung herantreten. Wir wissen, was das für uns bedeuten kann. Aber wir wissen auch, daß wir es tragen müssen. Doch wir wollen das, was kommt, wenigstens anrecht und männlich tragen. Wir wollen uns nicht noch demütigen vor der Gewalt, die uns heute beugt. Schlechte Worte wie die, daß es schließlich unglücklich sei, wenn Wilson sich zum Kriege gegen Deutschland entschlossen habe, mögen untergehen mit dem schlechten Papier, auf das sie gedruckt sind. Wollen wir zum Unglück noch die Schmach fügen? Können wir hoffen, durch Beschlüsse zugunsten Wilsons einen unarmbrügeligen Sieger darzubringen zu können? Er wird uns nur um so weniger von seiner unparteiischen Gerechtigkeit widerfahren lassen, je erbärmlicher und würdloser wir uns benehmen. Wollen wir das trübe Schauspiel wiederholen, das unser Volk 1917 geboten, vor Wilson kriechen wie jenes weichele und unmanne Geschlecht vor dem ersten Napoleon getroffen ist? Wir werden durch diese feinen Ränke einer besonders schlaun Diplomatie unsere Lage nicht verbessern, sie wird nur noch um unserer Schmach belastet sein.

Stolzen Hauptes können wir den Streich empfangen, der uns zugebracht wird. Wir weichen einer brutalen Uebermacht, der Franzose, der es Sieg nennen will, was er als Unabwärtigkeit der Amerikaner erreicht, mag es getrost tun. Die Geschichte wird einmal seinen Namen mit Schande, den Deutschen aber mit Ehrfurcht nennen. Des dürfen wir schon heute in aller Erniedrigung und allem Unglück gewiß sein. Wir wissen, wodurch wir unterliegen sind. Eine ungeheure Uebermacht wälzte sich gegen uns, wir selbst waren militärisch und militärisch nicht so vorbereitet, wie wir es hätten sein müssen. Ein noch herzhafte unpolitische Volk sind wir vor dem Kriege und während des Krieges politisch so schlecht geführt gewesen wie nur möglich. Die Stärke der Nation beruht auf den großen Männern, die die Natur ihnen zu rechter Zeit geboren werden läßt, hat Friedrich der Große gesagt. Uns hat die Natur den großen Mann in unserem schwersten Ningen versagt; aber uns dafür mit unzähligen viel kleineren und schwächeren Charakteren an der Spitze gesegnet.

Endlich haben uns auch unsere Bundesgenossen verlassen. Wir stehen heute wirklich allein. Denn auch Österreich-Ungarn ist am Rande des Zusammenbruchs. Was uns von der alten Kampfgemeinschaft bleiben wird, das sind die Deutsch-Oesterreicher, die zu uns stehen, sie äußern es ganz offen, daß sie am liebsten sofort mit Deutschland in Verhandlungen treten möchten, damit sich die deutsch-oesterreichlichen Völker an Reich anschließen. Der alte Donaustaat aber liegt im Todeskampf.

Aus solcher Lage heraus entfiel die deutsche Antwort. Wir wissen, was sie enthält. Wir wissen, daß sie mit ziemlicher Sicherheit aus ihrer Absicht schließen dürfen, Wilson, den Friedensvermittler, möglichst weit entgegenzukommen. Wir fragen: auch in der Forderung der Räumung der besetzten Gebiete als Vorbedingung des Waffenstillstandes?

Die Meinungen aus Berlin, die heute früh vorliegen, gehen dahin, daß Reichsleitung, Heeresleitung und Reichstag darüber einig sind, den Abschluß beschleunigen zu wollen. Man sieht also, wenn Wilson uns gnädig ist und sein Amt nicht als Mittel aussucht und nicht als der Weltgrenz, der in Deutschland Europa zerbrechen will, wird das Ende bald da sein. Wir werden es in einem gewissen Sinne herbeiführen. Es bringt Deutschlands ersten weltpolitischen Versuch zu einem gewissen Abschluß. Wir bekommen die Arme wieder frei zur Arbeit, zum Schaffen, uns wieder aufzurichten, uns wieder emporzurufen. Und das wollen wir. Wir wollen nicht unpolitisch auf Weltmachtspolitik verzichten, sondern wollen wieder hinein in sie, reifer und reicher an Erfahrung. Und wollen unseren Söhnen und Enkeln es einprägen, daß sie eine große Aufgabe zu erfüllen haben, die Ehre des deutschen Namens wiederherzustellen. Wir bleiben stark, wie wir uns in diesem Kampf bewährt, stärker und größer als je. Die ganze Meute, die uns heute den Frieden aufzwingt, Unrecht und ungeboren, überlegen ihnen doch an innerer Kraft und Tüchtigkeit.

Auch die Weltlage wird nicht immer das Gepräge tragen, das der Weltkrieg ihr aufdrückt will. Der Weltkrieg wird wahrscheinlich keine der ewigen Konfliktsprobleme Europas dauernd lösen, wie Deutschland sie lösen wollte, indem es Europa organisierte. Viele der Freunde von heute werden schon aus dem Friedensongefähr bittere Feinde werden. Die deutschen Diplomaten werden sich tüchtig betätigen können. Deutschland wird schon bald nach dem Friedensongefähr nicht mehr isoliert sein, wenn es nur will und Mut hat und nicht resigniert auf Großmacht- und Weltmachtspolitik verläßt. Mit Rußland und der Balkan sind ihm noch nicht verloren, wenn es zugreift und klug ist. Und darum wollen wir den Streich, der uns droht, aufrecht Hauptes empfangen, ungebeugten Stolzes und unerschrockenen großen Zukunft doch gewiß, wie Friedrich der Große in den dunkelsten Tagen seines Koalitionskrieges den Zukunft Bewußten gewiß gelieben ist.

Die deutsche Antwort.

□ Berlin, 12. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) Die deutsche Antwort wird im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt werden. Heute Vormittag tritt der Bundessatzungsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammen, der die Note noch prüfen soll. Dazu versammelt sich der interfraktionelle Ausschuß, nicht aber, wie gestern die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wieder einmal fälschlich berichtet hatte, der Hauptausschuß. Dem interfraktionellen Ausschuß soll die Note gleichfalls vorgelegt werden, dann erst geht sie hinaus. Die Veröffentlichung dürfte für heute Abend oder morgen früh zu erwarten sein.

m. Adm. 12. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Nachdem der amtliche Text der Note des Präsidenten Wilson nunmehr vorliegt und keine Abweichungen von dem bisher veröffentlichten aufweist, kann man, da die deutsche Antwort bereits auf Grund des inoffiziellen Textes entworfen wurde, jede Stunde mit ihrer Absendung und Bekanntgabe rechnen. Es liegt nunmehr im Zuge dieser schicksalsschweren Zeit, daß, seitdem aus der Krise der grundlegende Wechsel unseres Regierungssystems wurde, jeder Tag Ereignisse oder Kundgebungen von grundlegender Bedeutung bringt, und dazwischen keine Zeit bleibt, sich ihrer Tragweite genau bewußt zu werden. Die Weltgeschichte hat am Ende des Weltkrieges ein rasendes Tempo angenommen, und wenn nicht alles trägt, vollzieht sich der Schluß des furchtbarsten Krieges so schnell wie der Beginn. Mit Spannung erwartet man nun die Veröffentlichung der deutschen Antwort und vertraut darauf, daß sie im rechten Geist und Sinn die Förderung des großen Friedenswerkes mit der Wahrung der deutschen Rechte und Lebensinteressen vereinige.

Die Brücken zum Frieden geschlagen.

m. Adm. 12. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Berlin: Die Antwort Deutschlands auf Wilsons drei Fragen kommt den Wilsonschen Wünschen soweit entgegen wie es nur eben unter Vermeidung förmlicher und staatsamtlicher bedingungsloser Kapitulation möglich ist. Die deutsche Regierung vertraut der Wilsonschen Friedensliebe und den Wilsonschen Worten alles an. Wird die Erwartung erfüllt und ist Wilson von wirklicher Friedensliebe und wahrhaftig gerechtem Sinn erfüllt, dann wird das Ende des Krieges nahe sein. Noch ist die deutsche Antwort und die Rückantwort Wilsons sicherlich nicht der Friede, aber die Brücken zum Frieden sind nach dem Wilson es ehrlich meint, geschlagen. Der Frieden kann über diese Brücke kommen. Wilson wird in der deutschen Antwort hören, daß dieses Friedens- und Waffenstillstandsangebot kein diplomatischer Schritt und keine bloße Handlung ist, sondern daß alle deutschen Parteien von den Konfessionen bis zu den Radikalen hinter diesem Friedensantrag stehen, ihn verteidigen und garantieren. Schon der Wortlaut des Antrages hat das deutsche Volk belehrt, daß der Kaiser und die Deutsche Oberste Heeresleitung den Waffenstillstands- und Friedensantrag bekräftigen, ja veranlassen haben, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Wiener Stimmen zur Wilson-Note.

Wien, 10. Okt. (W.B. Nichtamtlich.) Die Blätter haben bei Besprechung der Antwort Wilsons auf den Friedensvorschlag des deutschen Reichskanzlers hervor, daß dieselbe eigentlich nur eine Teilantwort darstelle, die weder Annahme noch Ablehnung bedeute. Die Blätter betonen, daß sowohl die erste als auch die letzte Forderung in Wilsons Antwort bereits erfüllt sei, die durch die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers dazu, des deutschen Reichspräsidenten als bejaht gelten können. Diese Fragen enthielten als Kern die Hauptfrage der Forderung Wilsons, daß die Mittelmächte die von ihnen besetzten Gebiete räumen. Es ist klar, daß diese Frage auch für den Fall, daß sie bejahend beantwortet werden sollte, vor allem die Ermöglichung einer ganzen Reihe von technisch-organisatorischen und sonstigen militärischen Problemen notwendig macht, welche ebenso sehr bei den militärischen Entscheidung als auch bei der praktischen Durchführung eine große Rolle spielen. In diesem Stadium der Erörterungen befindet sich gegenwärtig die Räumungsfrage. Es ist bezeichnend, daß man einstweilen das Ergebnis abwarten muß. Die Blätter stellen jedoch fest, daß Wilsons Antwort in einem durchaus günstigen Verhandlungsfragen und Forderungen stellt, die die Möglichkeit zur Fortsetzung von Besprechungen bieten. Die Blätter schließen: Die Berliner Regierung läßt die Offenheit wissen, daß weitere Erklärungen deutscherseits notwendig werden. Die Tür ist offen und der Weg ist frei geblieben.

Italien zu Friedensbesprechungen bereit.

c. Von der schweizerischen Grenze, 12. Oktober. (Priv.-Tel. g. A.) Der „Corriere della Sera“ meldet, daß die allgemeine politische Lage für Friedensbesprechungen sehr günstig ist. Italien sei in Verbindung mit den Alliierten zu Friedensbesprechungen bereit.

Eine italienische Note zur Note Lansing.

Rom, 10. Okt. (W.B. Nichtamtlich.) Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Note zur Note Lansing: Die erste Antwort der amerikanischen Regierung ist so, wie die ganze Entente sie erwartet hat. Die Bedingungen, mit denen

die Note den Vorschlag Deutschlands und seiner Verbündeten beantwortet, sind ein klarer Beweis für die Absicht, einen gerechten und dauernden Frieden herzustellen. Es ist jetzt Sache der Mittelmächte, durch die Tatsachen zu beweisen, daß sie bei ihrem Vorschlag eines Waffenstillstandes von jenem „guten Glauben“ durchdrungen waren, von dem Wilson die Möglichkeit der Durchführung der Verhandlungen bis zu einem günstigen Ausgang abhängig macht. In Erwartung dessen müssen wir uns fest an die letzten Grundzüge der Entente halten und eine neue Probe des bewunderungswürdigen moralischen Widerstandes ablesen, dessen sich Italien in den ernstesten und verwickeltesten Augenblicken seines nationalen Lebens fähig zeigte, eines Widerstandes, an dem allezeit die hinterlistigsten Manöver gescheitert sind. Die Regierung ist sich immer ihrer Pflicht bewußt, im vollkommensten Einvernehmen mit ihren Alliierten vorzugehen, und ist sicher, so den einmütigen Willen der Nation zum Ausdruck zu bringen.

England und Frankreich.

Entente-Besprechungen.

c. Von der schweizerischen Grenze, 12. Okt. (Pr.-Tel. g. A.) Die Times melden, der verbündete Kriegsrat hat Besprechungen auf der Grundlage der Wilsonschen 14 Forderungen begonnen. Morning Post meldet, daß der verbündete Kriegsrat in Versailles seine Besprechungen über die allgemeine Lage und die Friedensmöglichkeiten bis Dienstag kommender Woche vertagt habe.

Eine Kriegsrede Churchills.

London, 11. Okt. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Churchill erklärte in einer Rede in Leeds: Täglich werden bis 12 000 Tonnen Granaten abgeschossen. Es müssen Vorbereitungen getroffen werden, um den Krieg 1919 auf noch größerer Grundlage und mit Hilfe noch größerer Hilfsquellen fortzusetzen, denn wir haben es mit einem verschlagenen Feinde zu tun, der noch über ungeheure Hilfsquellen verfügt. Selbst wenn er Frankreich und Belgien räumen sollte, würde dies noch nicht die Annahme unserer unvermeidlichen Bedingungen sichern, denn er könnte dann an seinen eigenen stark besetzten Grenzen stand halten.

Die Erzeugung von Munition darf daher nicht nachlassen, besonders da es notwendig sein wird, daß Frankreich und England in ausgedehntem Maße die Bewaffnung und Ausrüstung der amerikanischen Streitkräfte unterstützen.

Lansdowne gegen einen Waffenstillstand.

London, 9. Okt. (W.B. Nichtamtlich.) Reuters. Lord Lansdowne gab in einer Unterredung der Meinung Ausdruck, daß die Note des Prinzen Rag von Baden an Wilson den Ausdruck des aufrichtigen Friedenswunsches sei. Die in Wilsons Antwort niedergelegten Bedingungen seien seiner Meinung nach vernünftige Verhandlungsvorschläge. Zum Eruchen des Prinzen Rag um einen Waffenstillstand sagte Lansdowne, er würde seiner Ansicht nach ausgeschlossen sein, den Feldzug zu unterbrechen, der an allen Fronten erfolgreich verlaufe, da dies dem Feinde erlauben würde, Atem zu schöpfen und seine Hilfsquellen zu ergänzen.

Die englische Arbeiterunion für den Frieden.

c. Von der schweizerischen Grenze, 12. Okt. (Pr.-Tel. g. A.) „Daily Telegraph“ meldet, die englische Arbeiterunion richtete am Mittwoch eine Aufforderung an die Gewerkschaften zu allgemeinen Kundgebungen für die Wilsonschen Friedensbedingungen als Grundlage für den Abschluß des Krieges.

Frankreich vor folgenschweren Entscheidungen.

c. Von der schweizerischen Grenze, 12. Okt. (Pr.-Tel. g. A.) „Homme Libre“ schreibt zur Wiedereröffnung der Kammer, die bevorstehende Beratung der Kammer werde für Frankreich die wichtigste sein seit Kriegsbeginn. Der Schritt des Präsidenten Wilson, der ein Entgegenkommen gegenüber dem Feinde sei, wird nicht ohne Einfluß auf die Beratungen der Kammer sein. Frankreich wird sich in der gegenwärtigen Kammerberatung vor folgenschweren Entscheidungen gestellt sehen.

Grey über den Völkerverbund.

London, 10. Okt. (W.B. Nichtamtlich.) Reuters. Lord Grey hielt heute eine Rede, in der er Wilsons Politik eines Bundes freier Nationen unterstützte. Nachdem Arbeitsminister Barnes, der den Vorsitz in der Versammlung führte, darauf hingewiesen hatte, daß kein Völkerverbund möglich sei, bis der preussische Militarismus entwirrt wäre, begann Lord Grey seine Rede damit, daß eines der Ziele der Versammlung sei, die Regierung bei der tatsächlichen Führung des Krieges zu unterstützen. Der Hauptzweck der Versammlung ergebe sich aber aus der sehr bemerkenswerten Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten (Wilson) vom 7. September. Präsident Wilson hat hierin einen ausdrücklichen Appell an die Alliierten gerichtet, um zu erklären, ob er in seiner Meinung der entscheidenden Fragen des Krieges oder in seiner Ansicht über die Mittel, durch die eine Regelung erfolgen könne, eine irrige Anschauung vertritt. Kurz darauf sprach Balfour in demselben Sinne und eben hat Borens gesprochen. Das sind in gewissem Sinne Antworten an Wilson. Natürlich muß die amtliche Antwort auf eine Frage von so großer Wichtigkeit vom Premierminister gegeben werden. Wilson verlangt Einigkeit der Verbündeten und für diese Einigkeit werden die Verbündeten sorgen. Der Friede ist in Sicht, aber noch nicht in greifbarer

Bühe. Jeder Wangel an Unterstützung der Regierung und jede Unzufriedenheit unter den Verbündeten, alles was Deutschland Hoffnung auf eine Resignation gäbe, wird die Sache des Friedens gefährden lassen.

Während keine mittliche Aussicht, um einen mittlich guten Frieden zu sichern, vorzuschlagen werden darf, müssen wir doch bedenken, was für ein Unheil es sein würde, wenn wir nach dem Beginn der Friedenskonferenz und in dem Glauben, daß der Krieg nun zu Ende sei, demüthigen würden, daß die militärischen Maßregeln Deutschlands noch immer die maßgebenden Dinge sind und daß der ganze Friede, während er diskutiert wird, von den Männern untergraben wird, die den Krieg begonnen haben und deren politische Stellung zum Krieg sich niemals geändert hat.

Wir müssen uns der Resolution vom Juli 1917 erinnern. Die militärische Lage hatte sich zu Gunsten Deutschlands geändert. Das Ergebnis waren die Berichte von President Wilson und Bultrich und eine offene Herabsetzung der Friedenskonferenz, da sie ihren Zweck erfüllt hatte.

Wilson's Antwort entwickelte Klarheit und Vorsicht, die auch absolut erforderlich ist. Er lehnte den Gedanken, daß der Völkerbund ein Bund der Alliierten sein soll, um die Suprematie einer besonderen Gruppe von Nationen aufrecht zu erhalten, ab, ebenso den Gedanken, daß der Plan eines Völkerbundes als Erfolg für die erfolgreiche Beendigung des Krieges anerkannt werden könne. Der Völkerbund müsse von dem erfolgreichen Abschluß des Krieges ausgehen. Er stimmte Wilson zu, daß der Völkerbund nicht gebildet werden könne, trotzdem müsse sein Apparat im Voraus vorbereitet werden. Der Völkerbund muß beim Frieden gebildet werden, sonst ist die Aussicht, daß er jemals gebildet wird, sehr gering. Dennoch sollte die Regierung durch die besten Geister, über die sie verfügen kann, einen Plan entwerfen, damit diese Dinge geschehen können.

Kochend über die israelitischen Fragen und die Frage der Wahrung sprechen sollte, erklärte er: Wilson hat nichts darauf gedrungen, daß der Völkerbund ein Bund sein müsse, in dem auch Deutschland aufgenommen werden kann. Wir dürfen keinen Vorwurf haben, Deutschland auszuscheiden, andererseits muß jede zum Bunde gehörige Regierung ein freies Volk repräsentieren und eingeschlossen sein, die Ziele des Bundes in aller Aufrichtigkeit auszuführen. Wilson hat wiederholt erklärt, daß man keine Regierung trauen könne, die nicht die Bestrebungen normieren könne, daß sie das Vertrauen des Volkes hinter sich habe und diesem Volk und niemand anderem verantwortlich sei. Der Völkerbund müsse eine Autorität, eine internationale Macht darstellen, durch die die Völker erzieht werden könnten, so eine kleine zurückgebliebene Nation sich gegenüber einer stärkeren Nation weigert, ein Unrecht wieder gutzumachen. Es würde das Entstehen internationalen Argwohns und Eifersucht vermeiden. Der Völkerbund könnte auch wenig organisierten Völkern tatsächlichen Beistand leisten, wie dem Serpentsien in China, wegen der großen Hindernisse und internationalen Furcht und Unzufriedenheit.

Er erklärte: Es ist unmöglich, absolute Sicherheit zu erlangen, aber ein Völkerbund, wie er von Wilson entworfen ist, würde die Aussichten auf Sicherheit erhöhen und die internationalen Beziehungen auf ein höheres Niveau heben als jemals.

London, 11. Okt. (W.B. Nichtamt.) Heut. Pressestimmen zur Rede Lord Buns. „Daily Telegraph“ schreibt, daß sein englischer Minister Buns den Völkerbund sei. Die Minister hätten aber mit der Kriegführung voll und ganz. Das Ideal für das Völkerbund Wilson eintrifft, sei bereits im Tode der Völker und seine praktische Durchführbarkeit sei gefährdet.

„Daily Mail“ schreibt: Es unterliegt Wilsons Einsichten in jeder weiteren Hinsicht und tut noch daran, nachdrucksvoll darauf zu bestehen, daß der Völkerbund kein Erfolg für sich sei. „Daily News“ hat: Es hat die ungeliebte, die Aufmerksamkeit aller abstrahierenden denkenden Elemente dieses Landes zu Wilsons gescheitelter Bestimmung der Sprache dieses Krieges und der Friedensbedingungen ausgelassen.

Die „Times“ schreibt: Wir schließen uns der Forderung Buns durchaus an, daß die Hauptbestimmung für eine friedliche Einmischung der Menschheit auf dem höchsten Sinn für die nationale Sicherheit beruht, den ein gut organisierter Völkerbund allein geben kann. Als seiner Behandlung der israelitischen Fragen und der Frage der Abrechnung stimmen wir völlig überein.

Erzberger für den Völkerbund.

Berlin, 12. Oktober. (Von unserm Berliner Büro.) In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht heute Herr Erzberger, der als Staatssekretär und Mitglied des Reichstags unterzeichnet, einen Aufsatz, in dem er im Anschluß an sein neu erschienenes Buch für den Völkerbund tritt.

Stütz-Coffringen.

Berlin, 12. Okt. (Von unj. Berl. Büro.) Zur Zeit finden Besprechungen mit den Fraktionen des reichsständischen Landtags über die Bildung der neuen Regierung statt. Ueber die Besetzung der Unterstaatssekretariate sind noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden. Haupt bleibt als Staatssekretär auszuwählen. Voraussichtlich wird Dr. Schwandner heute wieder in Berlin eintreffen.

Schändliche Stimmen über Stütz-Coffringen.

Boag, 11. Okt. (W.B. Nichtamt.) Der „Widdesburgische Courant“ weist darauf hin, daß weder Lord George noch Wilson jemals von völliger Rückgabe Stütz-Coffringen an Frankreich gesprochen haben: In Frankreich müsse es bekannt sein, daß seine Verbündeten nicht mit keinen überhöhten Forderungen übereinstimmen.

Im „Gaelic Tagblad“ schreibt der Utrechter Universitätsprofessor Bisscher, es würde sehr bedauerlich sein, wenn diejenigen Teile Stütz-Coffringens, die durch Nationalität, Sprache und Religion zum Deutschen Reich gehören, von Deutschland getrennt würden. Bisscher hofft, daß auch Wilson dies einsehen werde, und daß er die Forderung, die die Erniedrigung Deutschlands forderten, zum Schweigen bringen werde.

Deutsche Kundgebungen.

Die Hauptvermittlungsstelle vaterländischer Verbände erläßt folgenden Aufruf:

An Alle!

Unsere Feinde stellen Forderungen, die unseren politischen und wirtschaftlichen Tod bedeuten; annehmen kann sie nur, wer die Meinung unserer Feinde teilt, daß unsere Widerstandskraft gebrochen sei. Wir rufen das ganze deutsche Volk, Männer und Frauen, zum Kampfe auf gegen diese Auffassung, aus der nicht der Welt unserer Vorfahren von 1813 spricht. Sie ist einer großen Nation unzulänglich und schlägt den Tod ins Gesicht. Unsere Kraft ist nicht gebrochen, und unsere Front im Westen hält stand, wenn die Heimat fest und entschlossen hinter ihr steht.

Wird die Schuld unserer Feinde, die vier Jahre lang unseren heimatlichen Boden schützten, wäde es, wenn uns ein so schimpflicher Friede aufgewungen werden sollte: wir in der Heimat, die wir die Quelle ihrer besten Kraft sein müssen, wären die Schuldigen.

Die äußere Front könnten wir vorwiegend unseren Krieg- und ruhmgekrönten Helden überlassen. Sorgen wir, daß auch die innere Front den Feinden und die Russen habe, im Geiste der Heldenthat zu handeln. In einem Reiche, das auf demokratischer Grundlage ruht, hat jeder Volksgenosse das Recht und in dieser schweren Stunde die höchste Pflicht, in selbstloser Hingabe sich für die Sache einzusetzen.

Wirtschaftliche Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft.

Berlin, 12. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Dem Reichstag ist heute der Entwurf eines Gesetzes über die Grundrißung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft zugegangen. Der Entwurf lautet:

1. Der Bundesrat wird ermächtigt, diejenigen geschäftlichen Maßnahmen anzunehmen, welche zur Regelung des Uebergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft sich als notwendig erweisen. Diese Maßnahmen sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben.

2. Vor dem Erlaß der grundlegenden Anordnungen für die Uebergangswirtschaft auf Grund des Paragraphen 1 ist die Zustimmung eines aus fünfzehn Mitgliedern bestehenden Ausschusses einzuholen, welchen der Reichstag aus seinen Mitgliedern wählt.

3. Dieses Gesetz tritt außer Kraft sobald die Uebergangswirtschaft als beendet angesehen werden kann. Wann dies der Fall ist, wird durch kaiserliche Anordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt.

In der Begründung heißt es: Die durch mehrjährige Absperrung vom Ausland und Umstellung auf die Bedürfnisse des Krieges gekennzeichnete wirtschaftliche Lage Deutschlands bei Friedensschluß schließt eine abschließende Aufhebung der gebundenen Wirtschaft des Krieges unter Wiederherstellung der Friedenswirtschaft in ihren bisherigen Bahnen und unter Zulassung der freien Beibringung aller Erwerbskräfte aus.

Gesellschaftliche Maßnahmen würden sich möglicherweise noch auf manchem Wirtschaftsbereich als notwendig erweisen, um den Uebergang von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu erleichtern und wirtschaftlichen Störungen und Schädigungen nach Möglichkeit abzuwehren und eine ausreichende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Allgemeininteressen gegenüber den Erwerbsinteressen der zunächst beteiligten Gewerbetreibenden sicher zu stellen.

Deutsches Reich.

Weitere wichtige Verfassungsänderungen.

Berlin, 12. Okt. (Von unj. Berl. Büro.) Wie die „Germania“ mitteilt, sind die Veränderungen der Reichsverfassung mit dem vor einigen Tagen vom Bundesrat angenommenen und nunmehr dem Reichstag zugegangenen Gesetzentwurf noch nicht abgeschlossen. Es sind vielmehr noch Maßnahmen vorgesehen, welche sich auf Veränderung bzw. Ausführung der Artikel 11 und 17 der Reichsverfassung beziehen. Der Artikel 11 handelt von der alleinigen Befugnis des Kaisers, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Artikel 17 betrifft die Mitverantwortlichkeit des Reichskanzlers bei Anordnungen und Verfügungen des Kaisers. Diese Mitverantwortlichkeit ist jedoch nicht zu einem Rechtsinstitut ausgestaltet worden. Es fehlt an Anordnungen, worauf sie sich erstreckt, wer befugt ist, es geltend zu machen, welches Verfahren dabei einzuhalten ist und ähnliches mehr. Alles das soll jetzt nachgeholt werden.

Berlin, 12. Okt. (Von unj. Berl. Büro.) Die Abänderungen, die an der Reichsverfassung vorgenommen werden sollen, um dem parlamentarischen System den Eingang zu ermöglichen, werden einmütlich von den meisten Blättern, aber von denen durchgängig scharf kritisiert. Den einen scheinen sie zu dürftig, andere, wie die „Deutsche Tageszeitung“ sprechen von einem „Beich“ auf Hintertreppen die Einführung des Parlamentarismus in die Verfassung zu erreichen, die nur den Worten, nicht aber dem Sinne nach gelingen könnte.

Auch die späteren Artikel werden von hohen und tiefen, von den Freunden der Parlamentarisierung wie von ihren Gegnern, vermutlich immer günstiger lauten. Was jetzt geschieht, ist in Wahrheit nämlich eine Halbheit. Man kann die Parlamentarisierung nicht durchführen, ohne auch die grundsätzliche Stellung der Bundesglieder im Bundesrat zu berühren. Für die aber ist der Artikel 9 entscheidend, zumal auch dessen zweiter Absatz, der lautet: „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein.“ Man konnte früher, solange es bei uns kein parlamentarisches Regime gab, der Aufhebung dieser Bestimmung mit guten Gründen nachzureden. Aber nun ist die Parlamentarisierung doch da und jetzt hat das Verbot an dem Artikel 9 keinen Sinn mehr.

Man kann, wenn man will, einen Gegensatz zwischen Staatsrecht und Reichstag konstruieren, aber einen Gegensatz zwischen Bundesrat und Reichstagmittelglied gibt es überhaupt nicht. Im Bundesrat ist der einzelne in keine Individualität, sondern lediglich eine Kollektiverscheinung. Er ist ja, wie man das bisweilen ausgedrückt hat, nur der Briefträger der Regierung, die ihn in den Bundesrat entsendet. Deren Stimme gibt er an der Hand seiner Anweisungen ab und zwar, sofern der betreffende Einzel über mehr als eine Stimme verfügt, alle gleich auf einmal. Es fehlt sich nicht einer Betrachtung des Verhältnisses an dem Artikel 9 als ein unüberwindliches Hindernis, zudem einer, der nicht ganz ungefährlich ist. Man könnte, indem man die parlamentarischen Staatsrechtler von ihm ausschließt, den Bundesrat nicht. Man würde sie nur, sich ganz besonders auf den Reichstag zu beziehen und — unter Umständen — sich in Segensflut zum Bundesrat zu stellen. Was die Dauer wird, was man jetzt hoffen möchte, doch nicht zu halten sein.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 11. Oktober abends. (W.B. Unsch.) Der unseren neuen Stellung östlich von Cambrai und St. Quentin und auf beiden Massouren sind feindliche Angriffe gescheitert. Nordöstlich von Cambrai haben sich erneute Kämpfe entwickelt.

Sonderbericht der Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besondere Geschäftstätigkeit. Bei Wiederholung des Bombenangriffs feindlicher Flieger auf die Stadt Mech entstand wiederum nur geringer Sachschaden. Aus dem feindlichen Geschwader wurde ein Flugzeug abgeschossen. Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Flucht der französischen Bevölkerung.

Berlin, 11. Okt. (W.B. Nichtamt.) Die Flucht der französischen Bevölkerung aus dem englischen Frontabschnitt nach Lille und die Bombardierung des Lille übergriffen. Die Zahl der Flüchtlinge geht in die Tausende. Die deutsche Oberste Heeresleitung ist bemüht, die Not der Flüchtlinge nach Möglichkeit zu lindern und bereitet weitere Schritte zur Durchführung dieser Befreiungen vor.

Am 10. Oktober wurde Duval besonders lebhaft beschossen. Unter der Wirkung der englischen Granatbomben entfielen zahlreiche Gebäude. Ebenso lag auf der 10% Kilometer hinter der Front liegenden Stadt Denez am Nachmittag schwerer Feuer. Das englische Heer vertrieb sich auf den ganzen Abschnitt Denez-Cambrai und erlangte zahlreiche bisher verlorene gefundene Gefangen. Besonders schwer waren die nahe der Front liegenden Städte Galesmes und Le Chateau unter dem englischen Feuer.

Der englische Kriegsbefehlshaber General Philipps bezieht über ein solches Beispiel für die Art und Weise, wie die

deutschen Militärbehörden in dem geräumten Gebiet für die Aufnahme der Zivilbevölkerung sorgen. Er schreibt: Der deutsche Befehlshaber in einem Dorf machte aus einem Dache eine große Kasse, malte ein rotes Kreuz darauf und hängte dieselbe an den Ackerzaun, um so die Anwesenheit von Zivilisten anzuzeigen.

Um so schlimmer und bedauerlicher ist es allerdings, wenn der gleiche Berichtshatter an anderer Stelle schreibt, daß die Soldaten in den befreiten Dörfern schloß und mit Schüssen vor sich warfen, denen das Gend deutscher Gefangenheit seinen Stempel aufgedrückt, angetroffen wurden, nachdem er kurz vorher selbst sich selbst acht Tagen lebten die Einwohner Tag und Nacht in ihren Häusern, hörten die Schüsse näher und näher kommen und befürchteten, daß sie im Kampf um den Besitz des Dorfes getötet würden. Daß die Kinder, die acht Tage lang die unerbittlichen Schreie des Bombardements durch die englische Artillerie durchmachen mußten, danach und erschüttert sind und von der Seele nicht wieder erholt haben, ist so selbstverständlich, daß es nicht erst erwähnt zu werden braucht. Die Verhältnisse hierher sind denen einer englischen Gefangenenschaft kaum unähnlich machen kann. Jeder, der gesehen hat, in welcher schrecklichen Weise die deutschen Soldaten sich der Kinder in den Gefangenheiten in denen sie im Quartier lagen, angenommen haben, wie sie mit ihnen spielten und bei jeder Gelegenheit ihnen etwas aufzettelten, muß im Inneren empört sein über diese Art von vergifteter Berichterstattung.

Holt gegen neue feindliche Vernehmungen.

Berlin, 11. Okt. (W.B. Nichtamt.) Der Staatssekretär des Handels Dr. Goll empfing den Direktor des Reichs-Verkehrsministeriums Dr. Goll und machte folgende Ausführungen: Ein besonders wichtiger Zug der Verbeugung, mit der ein Teil des feindlichen Angriffs den feindlichen Besatzungen, wie vermehrt bei unserer Rückzug abtätlich und schematisch besetzt wurde, ist die Besetzung des Reichsgebietes. Dieser Besatzung gegenüber mußte ich folgende Maßnahmen treffen: Es ist unmöglich, daß deutsche Truppen irgendwo niedergerichtet. Schulen vorwärts in die Luft getrieben werden und an der Bevölkerung der besetzten Gebiete begünstigen. Die Fortbewegung, die bei unserer wie bei jeder Kriegsgesellschaft in der Geschichte aller Völker unermesslich war, ist überall auf das Maß der militärischen Unfähigkeit der Kriegsgesellschaft beschränkt, die dem sich zurückziehenden Heere beisteht, dem Gegner in seinem Rücken Entwürfe zu ermöglichen, militärischen Versteckungen zu ermöglichen. Trotzdem wird bei unserer Rückzugsgesellschaft im Jahre 1917 die Stadt Regensburg von uns unverteidigt, doch ist es als abend den englischen und französischen Besatzungen zum Opfer gefallen.

Belange der Kultur weitergeht, so sehr wie den Verlust unserer feindlicher Kunstwerke bebauern, muß die Kultur selbst und die ehrentätigen Kulturstätten der Nation auf das Leben unserer Vaterlandskriegskämpfer nicht vergessen. Wenn von feindlicher Seite diese Notwendigkeit behaupten wird, warum betrachten dann die Feinde, die doch so viele Opfer und nicht die Feindtätigen sind, die vernichtende Besetzung von Konstantinopel, St. Quentin, Douai und anderer französischer Städte hinter unserer Front als militärisch geboten? Denken sie gar nicht an die Beiden der Zivilbevölkerung, die unter stromendem Regen in Scharen die gefährlichen Orte verläßt und auf allen Straßen und Wegen stehend nach Belgien flieht. Der Zivilbevölkerung deren Verbringung unterwegs geregelt ist, die Rechte der deutschen Besatzung soll unerfüllbare Anforderungen gestellt.

Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Berlin, 12. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Die Verhandlungen in Salzburg haben vor einer Pause innegehalten. Wie man sich erinnern wird, handelte es sich zunächst um den so genannten türkischen Teil der Verhandlungen, der sich an die wirtschaftlichen und handelspolitischen Verhandlungen angeschlossen haben. Wie weit man mit dem ersten Teil gekommen ist, ist uns nicht bekannt, auch in amtlichen Kreisen hier noch nicht ganz bekannt. Nebenbei sollen die wirtschaftlichen Unterhandlungen Ende nächster Woche zurückgehen.

Bei dem gegenwärtigen Stand der weltpolitischen Dinge hätten die Verhandlungen in Salzburg ja auch einen anderen Verlauf nehmen können. Man wird doch zunächst sehen müssen, was aus dem Friedensangebot der Rüstungsmächte einzufließen wird. Welche man sich vorher an den Salzburger Verhandlungen teilnehmend den Absicht des einen oder anderen Umständlichkeitspunkt wird man abwarten haben. Inzwischen sollte für die Verhandlungen in Salzburg die feste Grundlage.

Der Rüstung-Tr. Westertes.

Brno, 12. Okt. (Pris.-Tel.) Die „Römisches Zeitung“ meldet aus Budapest: Das Rüstungsgesetz des Reichspräsidenten Westertes wird in politischen Kreisen in der Öffentlichkeit. Die wichtigste Aufgabe des neuen Rüstungsgesetzes wird darin bestehen, eine Konzentration und, wenn diese nicht gelingt, eine Fusion der regierungswirtschaftlichen Elemente zu schaffen, um dadurch für die Friedensverhandlungen eine feste innere Front herzustellen. Nach einer Aeußerung des Grafen Tizza soll Graf Julius Andrássy dazu ausersehen sein, Ungarn bei den Friedensverhandlungen zu vertreten.

Parlamentarisierung auch in Holland.

Haag, 11. Okt. (W.B. Nichtamt.) Meldung des Korrespondenten Büros. Der Führer der sozialistischen Arbeiterpartei brachte in der Zweiten Kammer eine Interpellation über die auswärtige Lage, insbesondere im Zusammenhang mit der Kriegsausführung von Lebensmitteln und Rohstoffen, ein und richtete gleichzeitig die Frage an die Regierung, ob sie bereit sei, wenn eine parlamentarische Kommission für auswärtige Angelegenheiten eingerichtet würde, regelmäßig mit ihr in Verbindung zu bleiben.

Der Minister des Innern erklärte, daß die Regierung bereit sei, einem solchen Verlangen nach einem engeren Kontakt zwischen Parlament und Regierung im Rahmen der Verfassung entgegenzukommen. Die angelegte Verantwortung der Regierung müsse gewahrt bleiben, brauche aber nicht im Wege zu stehen.

Torpediert.

London, 11. Okt. (W.B. Nichtamt.) Reutersmeldung. Ein englische Torpedier „Laidler“ wurde am 10. Oktober von 1000 Fuß unter Wasser und 20 Mann Besatzung von Rüstungen ab und wurde zweimal von Torpedos getroffen. Verschiedene Rettungsboote schlugen um, die Insassen entranfen.

Der „Daily Mail“ zufolge ist die Torpedierung der beiden Schiffe „Laidler“ und „Diana“ ein Teil einer neuen U-Boot-Kampagne, die mit viel schwerer bewaffneter U-Boot-Kraft durchgeführt wird. Nach Meldungen des Reuters-Büros ist „Diana“ durch die britischen Feinde versenkt worden. 20 U-Boote wurden von einem amerikanischen Torpedoboot aufgespürt. Nach einer anderen Meldung wurden von 200 U-Booten nur 20 versenkt, darunter 11 Passagiere, 3 Engländer, 7 Holländer und ein Belgier.

Die neunte Kriegaanleihe.

Die Gesamtrunde H. Hommel, G. m. b. H., Berlin, hat den Betrag von 250 000 K (bisher insgesamt 1 750 000 K) zur Kriegaanleihezeichnung des G. Oberleitner. Der G. Oberleitner in Berlin hat dieser Tage beschlossen, für die von ihm verwalteten landesrechtlichen Kassen auf 9. Kriegaanleihe insgesamt rund 3 300 000 K zu verzeichnen gegenüber rund 2 000 000 K bei der 8. Kriegaanleihe. Die Zeichnungsmittel werden größtenteils durch Verpfändung von Vermögensgegenständen beschafft.

